

(Grevener [SPD])

- (A) 250 Millionen DM, die getroffen worden ist, nicht mittragen, wie sollen wir dann in einen Dialog kommen?

(Zuruf des Albert Leifert [CDU])

- So haben Sie sich ausgedrückt, so habe ich das hier aufnehmen wollen.

(Zurufe von der CDU: Aufnehmen wollen!)

Ich hoffe und wünsche, daß Sie sich das noch einmal überlegen.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, Sie müssen auch die Ausführungen des Kollegen Diegel dazunehmen.

Was hier kritisiert wird - und das kritisieren wir Kommunalpolitiker auch -, ist die Belastung des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Der Unterschied ist nur, daß wir auch die Verantwortung für den Gesamthaushalt tragen müssen, und wir werden das, was wir im Gesamthaushalt verändern müssen, auch ändern. Wenn wir uns in der Koalitionsvereinbarung darauf geeinigt haben, bestimmte neue Programme aufzulegen, dann müssen sie finanziert werden. Herr Kollege Groth hat gesagt: Wir wollen die Belastungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes nicht. Das hat mir sehr sympathisch geklungen. Aber, Herr Kollege Groth, dann werden wir gemeinsam für eine Deckung im Landeshaushalt sorgen müssen. Wir sind ja keine Schmalspurpolitiker, sondern als Koalitionspolitiker tragen wir die Gesamtverantwortung für den Haushalt.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist äußerst schwierig, und diesen Weg wollen wir gehen. Herr Leifert, dazu laden wir Sie ein, und ich lade dazu - Sie wissen, daß ich aus dem kreisangehörigen Raum komme - den Städte- und Gemeindebund ein. Ich meine, daß dieser sehr oft diplomatischer ist als Sie als Sprecher der CDU-Fraktion hier. Vielleicht muß man Ihnen zugestehen, daß Sie zwei Rollen haben.

Ich habe also noch die Hoffnung, daß wir in ernsthafte Fachgespräche und in eine ernsthafte politische Auseinandersetzung kommen. Und ich habe noch die Hoffnung, daß wir zu einem GFG kommen, das auf einen breiten Konsens stößt. Ich gehe nicht davon aus, daß es hier nur zu einer Mehrheitsentscheidung kommt. Wir müssen solange miteinander ringen, bis ein Ergebnis vorliegt, das alle mittragen können, und dürfen keinen Gegensatz zwischen dem kreisfreien und dem kreisangehörigen Raum konstruieren, wie Sie es hier versucht haben. Die kommunale Familie sollte

e i n e Familie sein. Dann muß sie auch in der Lage sein, die Finanzen so zu regeln, daß alle sagen können: Das ist ein Kompromiß, den wir tragen können. Ich gebe die Hoffnung darauf noch nicht auf. - Danke schön. (C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe die Beratung zum Abschnitt II: Gemeindefinanzierung.**

Wir kommen zur **Abstimmung.** Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an den Ausschuß für Kommunalpolitik.** Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? - Dann ist die Überweisung einstimmig so **beschlossen.**

Wir kommen zu

3 Zehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/415 (D)

Beschlußempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 12/449

zweite Lesung

Ich weise auf den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 12/447 hin.

Ich **eröffne die Beratung** und erteile für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Fischer das Wort.

Birgit Fischer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die große Mehrheit der nordrhein-westfälischen Abgeordneten wird heute der vorliegenden Änderung des Abgeordnetengesetzes zustimmen und damit die Diäten der Landtagsabgeordneten zum 1. Januar 1996 um 2,5 % anheben. Unsere Gründe haben wir hier benannt, klar und für jeden nachvollziehbar. Wir sind der Überzeugung, daß das Niveau der Abgeordnetenentschädigung in Nordrhein-Westfalen gemessen an dem Niveau anderer Einkommen sehr maßvoll

(Fischer [SPD])

(A) ist. Wir halten es deshalb für richtig, die Einkommen der Abgeordneten jährlich der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung anzupassen, wie dies der Landtag vor 10 Jahren vereinbart hat.

Ich habe hier in der vergangenen Woche für die SPD-Fraktion unsere Argumente ausführlich erläutert und Ihre, Herr Busch, widerlegt. Geholfen hat das offenbar nicht. Deshalb wiederhole ich für die SPD-Fraktion: Mit Fakten belegt ist bis heute nur die Feststellung, daß die Einkommen der Abgeordneten in den vergangenen fünf Jahren nicht schneller, sondern langsamer als die westdeutschen Löhne und Gehälter angestiegen sind. Sie spekulieren nach wie vor über das Gegenteil. Dann bitte ich aber auch um klare Belege.

Mit Fakten belegt ist hier bis heute nur weiterhin die Feststellung, daß die Nullrunde 1993/94 eben nicht durch überdurchschnittliche Anpassung in den Folgejahren ausgeglichen worden ist. Sie behaupten auch hier das Gegenteil. Dafür haben Sie wiederum keine Belege.

Mit Fakten belegt ist drittens bis heute die Feststellung, daß sich die nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten eben nicht an den Bezügen der Richter und hohen Beamten, sondern an der allgemeinen Einkommensentwicklung des vergangenen Jahres orientieren. Sie behaupten auch hier das Gegenteil und bleiben wiederum den Nachweis schuldig.

(B)

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

Unverändert richtig ist auch unsere Feststellung, daß die nordrhein-westfälischen Diäten nicht über, sondern deutlich unter dem Schnitt der anderen westdeutschen Flächenländer liegen. Sie messen unsere nordrhein-westfälischen Diäten aber offenbar auch an den besonderen Bedingungen in Ostdeutschland und an der teils ehrenamtlichen Arbeit der Stadtparlamente. Diese Vergleiche sind unseriös, es sei denn, Sie wollten im größten deutschen Bundesland ernsthaft das Rad der Geschichte zurückdrehen und von einem Berufsparlament zum parlamentarischen Ehrenamt zurückkehren. Oder es sei denn, Sie wollen ernsthaft am Beispiel der Abgeordnetendiäten die Forderung erheben, wir sollten die westdeutschen Einkommen an die ostdeutschen angleichen statt umgekehrt. Wir wollen jedenfalls beides nicht. Deshalb bleiben wir bei sauberen Vergleichen.

Meine Damen und Herren, SPD und CDU haben ihre gemeinsamen Vorstellungen in der vorliegenden Frage klar benannt und begründet. Die Antwort der GRÜNEN lautet unverändert: Erst einmal

Nullrunde und dann einmal sehen. Vorstellungen, die über diesen populistischen Schnellschuß hinausreichen, haben sie bis heute nicht benannt, (C)

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

weder in der ersten Lesung noch in der folgenden Beratung im Hauptausschuß. Sie scheuen sich, den Menschen klar zu sagen, welche Entschädigung Sie für angemessen halten. Sie scheuen sich klar zu sagen, welche Anpassungsregel Sie zugrunde legen wollen.

Zumindest in einem Punkt werden dabei hoffentlich auch die GRÜNEN zustimmen. Man kann die notwendige Bruttofortschreibung der Diäten schlechterdings nicht an Nettobezugsgrößen festmachen, weil dies zwangsläufig zu einer Doppelbesteuerung der Abgeordnetenbezüge führen würde. Auch in dieser Frage wäre ich also für konkrete Vorschläge dankbar und darauf angewiesen, daß Sie diese endlich einmal nennen.

Aber Sie scheuen genau diese ehrliche Politik und schüren damit, ob bewußt oder unbewußt, Demokratie- und Parlamentsverdrossenheit. Denn ob es Ihnen paßt oder nicht, auch die regelmäßige Festsetzung der Diäten und die dauerhafte Sicherung der Unabhängigkeit des parlamentarischen Mandats gehören zu den Verfassungsaufträgen dieses Parlaments. (D)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben hier in der vergangenen Woche erklärt, daß sie die Beträge aus der Diätenerhöhung spenden werden, weil sie sich sonst unglaubwürdig fühlen. Das ist konsequent.

(Zuruf des Dr. Manfred Busch [GRÜNE])

Meinetwegen hängen Sie es auch an die große Glocke, falls Ihnen das bei der Erreichung Ihrer Glaubwürdigkeit hilft. Für uns in der SPD-Fraktion werden Sie damit in dieser Frage nicht glaubwürdiger.

(Zuruf des Dr. Manfred Busch [GRÜNE] -
Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

Spenden sollten bleiben, was sie unseres Erachtens nach sind, persönliche Entscheidungen in privater Verantwortung und Solidarität.

(Beifall der Brigitte Speth [SPD] und bei Abgeordneten der CDU)

Sie sind kein Politikersatz. Wir sollten sie nicht als Instrument der politischen Auseinandersetzung mißbrauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Fischer [SPD])

- (A) Das mögen Sie anders sehen. Aber eines, Herr Busch, geht wirklich nicht: Wenn Sie hier vor einer Woche ausgeführt haben, es gehe Ihrer Fraktion bei der Spende um die Sicherung eines Projekts - ich zitiere -, "bei dem wir uns massiv dafür eingesetzt haben, daß es in den Nachtragshaushalt hereinkommt, und bei dem Herr Schleußer dann durch die Haushaltssperre den Vollzug verhindert hat", dann war das ein starkes Stück, Herr Busch.

Denn Sie wissen nur zu genau, daß der Finanzminister dieser Landesregierung, die von SPD und GRÜNEN gemeinsam getragen wird, mit seiner Haushaltssperre weder das von Ihnen genannte noch andere Projekte willkürlich oder gar böswillig verhindert hat.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Kollegin Fischer, die Redezeit ist zu Ende.

Birgit Fischer (SPD): Ich bin gleich fertig.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich wollte vorsichtig daran erinnern.

- (B) **Birgit Fischer (SPD):** Sie wissen genau, daß diese Haushaltssperre nach Recht und Gesetz zwingend geworden ist, weil die Entwicklung der Steuereinnahmen bei uns bislang günstiger verläuft als in den anderen finanzstarken Bundesländern. Denn dies führt voraussichtlich zu Mehrausgaben im Länderfinanzausgleich in Höhe von etwa einer Milliarde DM. Diese Mehrausgaben lassen sich im Vollzug des Landeshaushalts nicht mehr auffangen. Das wissen Sie zu genau, Herr Busch; wir haben heute morgen bereits darüber diskutiert.

Trotzdem täuschen Sie der Öffentlichkeit einen parlamentarischen Notwehrzustand vor, dessen schlimmste Auswüchse Sie durch Spenden auffangen müßten. Herr Busch, das geht so nun weiß Gott nicht. Das ist nicht unser Verständnis von Politik und nicht unser Verständnis von politischem Ideenwettbewerb.

(Beifall bei SPD und CDU)

Meinetwegen verzichten Sie auf die Diäten. Spenden Sie Ihre Diätenerhöhung. Aber lassen Sie diese wirklich schlimme Demagogie.

Ich komme zum Schluß: Wir, die SPD-Fraktion, werden dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen und den Entschließungsantrag der GRÜNEN ablehnen. - Danke schön. (C)

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Hardt das Wort.

Heinz Hardt (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der ersten Lesung zum Thema Diätenanpassung für 1996 habe ich für die CDU-Landtagsfraktion zu der Drucksache 12/415 Zustimmung signalisiert. Der Landtagspräsident hat in seinem Bericht vom 21. September 1995 über die Angemessenheit der Landtagsdiäten für das kommende Jahr 1996 festgestellt, daß unsere derzeitigen Bezüge mit den inzwischen eingetretenen Lohn- und Gehaltsentwicklungen sowie den veränderten Lebenshaltungskosten bezogen auf das Berechnungsjahr 1994 nicht mehr übereinstimmen.

Also: Basisjahr für unsere heutige Diätenentscheidung ist 1994. Das ist eben anders als bei den Tarifverhandlungen in der gewerblichen Wirtschaft; das ist der Unterschied: Bei Tarifverhandlungen werden die Gehälter nach der zu erwartenden prozentualen Zukunftsentwicklung für 13 Monate festgelegt. Unsere heutige 2,5%ige Diätenerhöhung basiert auf objektiv festgestellten Ergebnissen aus dem Jahre 1994. (D)

Unsere Diäten werden auch nur zwölfmal im Jahr gezahlt. Sie sind voll zu versteuern; und es gibt kein Weihnachts- oder Urlaubsgeld für nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete.

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Das ist aber schade!)

- Ich wollte es nur einmal sagen, damit das klar ist. Ich komme auch gleich zu Ihrer Entschließung, mit der Sie ja die Bevölkerung in die Irre führen wollen. Sie machen das hier sehr populistisch.

Unsere Diäten werden also, wie gesagt, nur zwölfmal im Jahr gezahlt.

Fest steht: In der Höhe der Bezüge - und wir müssen hier wirklich das Vergleichbare miteinander vergleichen, und zwar Flächenstaaten - liegen die Abgeordneten in Bayern, in Hessen, in Niedersachsen weit vor Nordrhein-Westfalen. Mit unse-

(Hardt [CDU])

(A) rer 2,5%igen, zu versteuernden Diätenerhöhung für 1996 werden wir auch diese Landtage nicht überholen. Das bevölkerungsreichste und flächen- große Land Nordrhein-Westfalen liegt hier also im Vergleich zu vergleichbaren Ländern auf einem Mittelplatz.

Jede andere Statistik ist gefälscht, wenn hier gesagt wird, NRW hätte die Spitze in diesem Zusammenhang eingenommen, und wenn in dem Entschließungsantrag noch steht, wir lägen 1 400 DM über dem Durchschnitt. Dazu kann ich nur sagen: Sie müssen alles miteinander vergleichen. Wir nehmen hier wirklich einen Mittelplatz ein. Sie können die Stadtstaaten - Frau Kollegin Fischer hat das ja gesagt - nicht damit vergleichen.

Herr Dr. Busch, Sie haben in der ersten Lesung richtigerweise auch festgestellt, daß der Erhöhungsvorschlag von SPD und CDU im Vergleich zu Bonn bescheiden ist. Richtig so!

(Zustimmung des Dr. Manfred Busch [GRÜNE])

Wenn dies aber so ist, dann können Sie - erstens - das Problem Diätenerhöhung nicht so mit Ihrem Entschließungsantrag regeln. Formal kommen Sie mit dem Antrag zu spät. Ich will nicht hoffen, daß das als Trick anzusehen ist; denn wenn wir die Entscheidung getroffen haben, kommen Sie erst mit Ihrem Entschließungsantrag.

(B)

Zweitens, was ich noch für bemerkenswerter halte, meine Damen und Herren - und deshalb muß ich sagen, daß Sie das rein populistisch tun -: Sie haben im Hauptausschuß, wo wir zu den einzelnen Fakten Ihrer Fraktion hätten Stellung nehmen sollen, keinen einzigen Ton gesagt.

(Roland Appel [GRÜNE]: Sie aber auch nicht!)

- Wir haben insofern nichts gesagt, weil wir auch in der Öffentlichkeit zu unserem Antrag stehen. Aber Sie machen in dieser Form Show.

Es ist auch in der Begründung Ihres Antrags falsch. Im letzten Absatz steht:

"Die Landtagsabgeordneten sollten als angemessene Vergleichsgröße nicht die Entwicklung der Bruttoeinkommen der hohen Beamten und Richter heranziehen, sondern die der durchschnittlichen Erwerbseinkommen und der Sozialeinkommen."

Das ist eindeutig falsch, was Sie dort sagen. Sie suggerieren der Öffentlichkeit, daß wir uns an oberen, hohen Gehältern orientieren. Was sind

denn die Indikatoren für 1994? Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter plus 2,6 %, durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in der Industrie und im Dienstleistungsbereich plus 3,0 %. Selbst die gesetzlichen Renten liegen bei 2 %.

(C)

(Roland Appel [GRÜNE]: Sagen Sie einmal etwas zur Sozialhilfe!)

Preisindex für Lebenshaltung insgesamt plus 2,6 %, Wohnungsmieten plus 4,0 %. Das sind also doch alles Werte über der Erhöhung von 2,5 %.

Vor dem Hintergrund dessen, was der Landtagspräsident in der Drucksache vorgelegt hat ---

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Hardt!

(Heinz Hardt [CDU]: Wenn Sie das alles nicht anrechnen, okay! Sonst komme ich zu einem Fazit.)

Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Appel zu?

(Heinz Hardt [CDU]: Wenn Sie es nicht anrechnen, ja.)

- Frau Fischer hatte auch eine Minute mehr. Das kann man dann ja so ausgleichen.

(D)

(Heinz Hardt [CDU]: Einverstanden!)

Roland Appel (GRÜNE): Herr Hardt, könnten Sie uns einmal sagen, in welchem Maße in den von Ihnen beschriebenen Zeiträumen die Sozialhilfe gestiegen ist?

Heinz Hardt (CDU): Die spielt hier auch eine Rolle. Das ist auch ein Indikator; aber wir machen es nicht nur daran fest, sondern wir machen es, wie ich gesagt habe, an Bruttoverdiensten von Industriearbeitern, von Angestellten in der Industrie, im Dienstleistungsbereich, jawohl, auch an Renten fest. In dem Bereich ist der gesamte Preisindex der Lebenshaltungskosten um 2,6 % gestiegen, und die Sozialhilfe ist ja ebenfalls angehoben worden.

In dem Zusammenhang kann ich nur sagen: Wenn ich die Zahlen nehme, die in der Anlage zur Drucksache des Präsidenten stehen, bei denen ich davon ausgehe, daß es auch geprüfte Angaben sind, sind wir ein wirklich normal vergleichbarer Fall.

(Hardt [CDU])

(A) Abschließend sage ich Ihnen, da ich ja in der ersten Lesung einiges dazu gesagt habe, unser Fazit:

Erstens. Unsere Diätenerhöhung für 1996 ist angemessen und bescheiden im Vergleich zu anderen Landtagen.

Zweitens. Unsere Diätenerhöhung für 1996 erfolgt nicht rückwirkend, sondern wird ab dem 1. Januar 1996 wirksam. Das ist auch anders als in den übrigen Landtagen und auch in der freien Wirtschaft.

Daher stimmen wir der in der Drucksache 12/449 ausgewiesenen angemessenen Diätenerhöhung zu, und zwar uneingeschränkt, meine Damen und Herren! Wir haben hier nichts zu verbergen, nichts zu verstecken, sondern ich glaube, daß das eine angemessene Größenordnung ist. Sie sollten sich überlegen, ob Sie dem nicht auch zustimmen; denn im Endeffekt kommt Ihr Entschließungsantrag, den wir ablehnen, zu spät; denn dann ist schon alles beschlossen. Danach ist es reine Opportunität. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

(B) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Busch das Wort.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Herr Hardt, Sie wußten nicht, wie sich die Sozialhilfeeinkommen in den letzten fünf Jahren entwickelt haben. Wir wissen es auch nicht ganz genau; wir sind uns aber einig darüber, daß die Steigerungsrate jedenfalls unter 5 % gelegen haben dürfte. Demgegenüber haben sich unsere Diäten um 17 % erhöht, und zwar trotz Nullrunde. Das ist doch eine interessante Zahl: 5 % Erhöhung müßte man den Sozialhilfeempfängern zu, also weniger als die Teuerungsrate, und wir haben uns hier 17 % genehmigt. Das ist doch ein Unterschied, den man einmal thematisieren darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Hardt, darin würden Sie mir doch sicher zustimmen.

Ich will jetzt nicht alle Argumente wiederholen, die wir letzte Woche hier vorgetragen haben. Ich

glaube, man kann nicht begründen, daß es einen objektiven Nachholbedarf für die nordrhein-westfälischen Diäten gibt. Es gibt keinen Nachholbedarf im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen. (C)

Ich hatte ausgeführt, daß insbesondere die Abgabenbelastung bei den Abgeordneten deutlich geringer ist als bei den Normalverdienern. Es gibt keinen Nachholbedarf im Vergleich zu Abgeordneten anderer Bundesländer. Ich vermag auch nicht zu begreifen, wieso ein Abgeordneter in Hamburg oder in Berlin weniger verdienen sollte als einer in Nordrhein-Westfalen. Das sehe ich nicht ein.

(Zuruf von der CDU: Das sind Stadtverordnete!)

- Ja, dafür gibt es ja die Pauschale. Wenn jemand höhere Verkehrs-, Transport- oder Mobilitätskosten hat, wird das ja über die Pauschale abgegolten. Wir reden aber hier über die reinen Einkommen, die Diäten der Abgeordneten. Ich kann nicht sehen, wieso ein Abgeordneter in Berlin

(Heinz Hardt [CDU]: Die fangen erst um 17.00 Uhr an!)

strukturell schlechter bezahlt sein müßte als einer in Nordrhein-Westfalen. Ich denke, die Arbeit ist ziemlich die gleiche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt keinen Nachholbedarf im Zeitablauf. Wir haben uns gegenüber 1990 um 17 Prozent verbessert. Das ist, wie ich finde, ein sehr ordentliches ... (D)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Dr. Busch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hegemann?

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Ja, eine. Dann gucken wir mal.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön.

Lothar Hegemann (CDU): Würden Sie dem Hohen Hause erklären, daß die Sitzungen in Hamburg und in Bremen um 17.00 Uhr und nicht morgens um 9.00 Uhr wie in Düsseldorf beginnen?

(A) **Dr. Manfred Busch (GRÜNE):** Ja, wir können ja einmal vergleichen, wie lange die Sitzungen dauern und wie qualitativ die Sitzungen vorbereitet wurden.

(Allgemeine Heiterkeit)

Vielleicht kommen wir dann zu dem Ergebnis, daß wir hier überbezahlt sind. Ich möchte das jetzt nicht gerne vertiefen, Herr Hegemann.

Frau Fischer - ich sehe sie gerade nicht -, ich möchte einen Eindruck korrigieren: Ich wollte nicht suggerieren, daß Herr Schleußer die Haushaltssperre willkürlich oder bezogen auf dieses oder andere Projekte erlassen hat. Dieser Vorwurf wäre unter meinem Niveau.

Es geht darum, daß die Haushaltssperre objektiv die Auswirkung hat, daß bestimmte Projekte, die uns wichtig sind, unter die Räder kommen. Das ist nun einmal so. Deswegen hat sich meine Fraktion nach intensiver Diskussion darauf verständigt, diesem Projekt in Köln die Spenden zukommen zu lassen.

Jetzt wurde gesagt, das sei alles Schau, Heuchelei und so weiter. Wir haben von dieser Diätenerhöhung nichts. Das kann man doch einmal zur Kenntnis nehmen.

(B) (Heinz Hardt [CDU]: Doch, wir zahlen mehr Steuern!)

Wir GRÜNEN-Abgeordneten vertreten die Meinung, nicht, weil wir bescheuert sind,

(Heiterkeit)

sondern weil wir eine politische Überzeugung haben - Herr Hardt, das ist vielleicht schwer vorstellbar -, daß uns eine Diätenerhöhung zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem wir Sozialhilfeempfängern überall im Lande drastische Kürzungen zumuten, zu dem Projekte gestrichen werden müssen, schlecht zu Gesicht steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist auch kein populistischer Schnellschuß, sondern wir haben es in der Fraktion lange diskutiert. Ich würde sagen, es ist der Versuch, Glaubwürdigkeit in der Politik zurückzugewinnen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Dr. Busch, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Nein, ich habe nur noch eine Minute und muß zu zwei Punkten noch etwas sagen.

(C) Erstens. Sie haben gesagt, wir müßten hier einen Änderungsantrag einreichen. Das ist blanker Unsinn. Wir stimmen schlichtweg dem Gesetzentwurf, der vorliegt, nicht zu.

(Heinz Paus [CDU]: Sie müßten aber einen Senkungsantrag stellen!)

Das ist ganz einfach. Wir stimmen dem nicht zu. Damit ist unsere Position eindeutig beschrieben.

Der Entschließungsantrag dient dazu, diese Abstimmung zu erläutern - für diejenigen, die sich dafür interessieren.

(Heinz Hardt [CDU]: Die Erläuterung ist falsch!)

Zweitens. Es ist selbstverständlich - und von der Ablehnung zu diesem Gesetz nicht berührt -, daß die entsprechende Anpassung des Abgeordnetengesetzes an das Urteil des Landesverfassungsgerichtshofes erfolgen muß. Dem stimmen wir zu.

Den Gesetzentwurf von CDU und SPD lehnen wir aus den Gründen, die wir hier erläutert haben, ab. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung. (D)

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ich lasse erstens über den Gesetzentwurf **Drucksache 12/415** abstimmen. Der Hauptausschuß empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 12/449, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Enthaltung **angenommen**.

Ich lasse zweitens über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Drucksache 12/447** abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der SPD und den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Enthaltung

(Klaus Matthiesen [SPD]: Ein Aufrechter!)

abgelehnt.